



Protokoll der 16. Sitzung des Einwohnerrates

vom 22. Februar 2006, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Doris Greiner, Luzia Kilchmann

Traktanden	Laufnummer
1. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Friedhofgebäude, Erneuerung – Projekt- und Kreditgenehmigung <i>://: An den Stadtrat zurückgewiesen.</i>	2005/68 2005/68a
2. Bericht des Stadtrates betreffend Schulanlage Frenkenbündten: Aus- und Umbauten diverser Räume (Einbau Schulküche, Metallwerkstatt und andere Räume) – Projekt- und Kreditgenehmigungen <i>://: An die BPK überwiesen.</i>	2006/81
3. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Ausbau der Infrastruktur in den Frenkenbündtenhallen, im Speziellen: Anbau einer Küche <i>://: An die BPK überwiesen.</i>	04/183 04/183a 04/183b
4. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation aller Fraktionen zur Kostenexplosion in der Sozialhilfe <i>://: Erledigt.</i>	2005/74
5. Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Kunstrassenfelder auf der Sportanlage Gitterli <i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i>	2005/71
6. Motion von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion und Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Änderung des Reglements über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen <i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i>	2005/72
7. Postulat von Adrian Mächler namens der FDP-Fraktion betreffend Steinenbrüggli <i>Vertagt.</i>	2005/73
8. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Margrit Siegrist namens der SVP-/CVP-/EVP-Fraktion betreffend Bauverzögerung Kantinenweg <i>Vertagt.</i>	2006/78
9. Postulat von Astrid Basler und Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion betreffend Mobilfunkantennen und Antennenstandorte <i>Vertagt.</i>	2006/79

10. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Astrid Basler und Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion zu den Auswirkungen der GATS-Verträge auf die Stadt Liestal 2006/80
Vertagt.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Februar-Einwohnerratssitzung.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 25. Januar 2006

://: Das Protokoll wird mit folgenden Änderungen genehmigt:

- Auf Seite 323 wird nach dem Abstimmungsresultat zum Traktandum „LiestalNet AG: Ver-
ässerung Aktienkapital“ (Nr. 2004/20, Nr. 2004/20a) folgender Satz hinzugefügt: *Nils
Henn (FDP) ist bei diesem Geschäft in den Ausstand getreten.*
- Auf Seite 335 muss es in der 6. Frage sowie in der dazugehörigen Antwort jeweils *Amb-
ros* statt *Anton* heissen.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Stadtpräsidentin Regula Gysin und Stadtverwalter Roland Plattner haben an der Büro-
Sitzung über die Vereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde und der Bürgerge-
meinde informiert und begründet, weshalb diese nicht im Internet oder im „Liestal aktuell“
veröffentlicht wird. Aufgrund des in der Schweiz geltenden Geheimhaltungsprinzips wer-
den bilaterale Verträge nicht publiziert. Interessierte erhalten aber auf Wunsch Einblick in
solche Vereinbarungen.
- Die Ratsmitglieder sind gebeten, sich deutlich zu Wort zu melden, am besten mit der Ab-
stimmungskarte. Hilfreich ist auch, den Blickkontakt zum Einwohnerratspräsidium zu su-
chen.
- Die Pause soll künftig nicht mehr später als 19 Uhr angesetzt werden. Sie dient dem In-
formationsfluss und hat daher eine wichtige Funktion.
- Das Büro hat die Struktur der Traktandenliste diskutiert. Gewöhnlich stehen zuoberst die
neuen Berichte der Kommissionen und des Stadtrates, anschliessend werden die nicht
erledigten Traktanden der letzten Sitzung aufgeführt und zum Schluss die neu einge-
reichten Vorstösse.
- Je nach Stand der Pendenzen findet am 26. April 2006 eine Einschaltsitzung des Ein-
wohnerrates statt. Anfang April wird darüber entschieden.
- Das Thema Zusatzaufträge an den Stadtrat ist in den Fraktionen zu besprechen. Ziel ist,
das Geschäft an der April-Sitzung des Einwohnerrates zu traktandieren und darüber zu
befinden.

Als **Stimmzähler** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|--------------------|------------------------------|
| - Claudia Roche | Seite FDP |
| - Margrit Siegrist | Seite SP, Grüne, Fraumättler |
| - Adrian Mächler | Mitte, Büro |

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat von Hans Brodbeck namens der FDP-Fraktion betreffend Fussgängerstreifen
mit einheitlicher Beleuchtung (Nr. 2006/82);
- Dringliche Motion von Pascal Porchet, FDP Liestal, betreffend Fristerstreckung für das
Mitwirkungsverfahren zur Revision Ortsplanung (Nr. 2006/83).

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtrat Ruedi Riesen informiert zum Thema H2. Der Bau des Vollanschlusses Schild würde grünes Licht für das Verkehrskonzept bedeuten. Ausserdem sei er wichtig für den Neubau der Poststrasse und des Kantinenwegs. Der Kanton habe mitgeteilt, Baubeginn für den Anschluss Schild werde im Herbst 2006 sein. Dies sei ein gutes Signal für die Stadt.

Zu den diversen Quartierplänen: Der Quartierplan Bahnhof 1 sei in der Bau- und Planungskommission. Zum Quartierplan Bahnhof 2 gebe es eine erste Kostenschätzung. Betreffend Quartierplan Bahnhof 3 habe die Stadt begonnen, mit dem Kanton über Mischnutzungen anstelle der Wohntürme zu verhandeln. Beim Quartierplan Bücheli sei die Nutzungsplanung ziemlich weit fortgeschritten. Der Teil 1, in dem es um den Manor-Neubau gehe, stehe kurz vor dem Abschluss. Das Grundeigentum für den Manor-Neubau sei noch nicht gesichert; man stehe noch in den Verhandlungen. Der Entscheid solle Ende März fallen. Die Stadt habe guten Kontakt mit der neuen Direktion von Manor gehabt. Die Echos seien positiv gewesen. Als Fazit sei herausgekommen, sich lieber länger Zeit zu lassen, um Einsprachen im Quartierplanverfahren zu vermeiden.

Die Mitwirkung bei der Ortsplanungsrevision sei ein spannender Prozess und eine Herausforderung für das Stadtbauamt. Rechtlich gesehen habe es keine Einsprachen gegeben, sondern Eingaben. Die Revision werde dem Einwohnerrat bereinigt vorgelegt. Eine dringliche Motion von Pascal Porchet zum Thema liege auf dem Tisch. Schon vorher habe der Stadtrat entschieden, die Eingabefrist um drei Wochen bis zum 20. März 2006 zu erstrecken, da der Druck aus der Bevölkerung gross sei. Auf die zum Teil sehr polemischen Äusserungen in Inseraten werde die Stadt nicht eintreten. Er wünsche sich konstruktive Kritik.

Traktandenliste

a) *Dringliche Motion betreffend Fristerstreckung für das Mitwirkungsverfahren zur Revision Ortsplanung von Pascal Porchet, FDP Liestal (Nr. 2006/83)*

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) informiert, zuerst müsse der Rat über die dringliche Motion von Pascal Porchet befinden. Wenn sie für dringlich erklärt werde, werde sie als erstes Traktandum behandelt. Für die Erklärung der Dringlichkeit brauche es eine Zweidrittel-Mehrheit.

Pascal Porchet (FDP) meint, in seinem Vorstoss sei alles gesagt. Er halte an der dringlichen Motion fest. Die Bevölkerung stehe unter zeitlichem Druck. Auch die Medien würden sich mit dem Thema befassen. Es sei ein konstruktiver Prozess im Gang. Man müsse die Frist verlängern, damit sich die Leute äussern könnten. Erst wenn man sich mit der Revision vertieft befasse, merke man, ob man betroffen sei. Viele Leute würden jetzt in die Ferien gehen, deshalb wolle er an den vier Wochen Verlängerung der Eingabefrist festhalten. Ihn interessiere, wie die neue Eingabefrist publiziert werde, falls der Rat die Motion für dringlich erkläre.

Stadtrat Ruedi Riesen erläutert, der Stadtrat habe rückwärts gerechnet. Seine Absicht sei gewesen, die Revision vor der Sommerpause in die Bau- und Planungskommission geben zu können. Es sei ein Bericht zu erarbeiten, den der Kanton absegnen müsse. Deshalb wäre der Stadtrat froh, wenn es beim 20. März 2006 als Eingabefrist bleibe. Er wolle aber nicht um eine Woche kämpfen.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) erinnert daran, dass es jetzt nur um die Dringlichkeit der Motion gehe. Die Motion verlange eine Verlängerung der Eingabefrist um vier Wochen, der Stadtrat eine Verlängerung um drei Wochen.

Bernhard Fröhlich (FDP) hält fest, aus Sicht der Verwaltung sei der 20. März 2006 als Eingabefrist wichtig. Prioritär sei aber, dass die Betroffenen, das heisst die Hauseigentümer,

genügend Zeit zum Studium der Angelegenheit hätten. Er bitte darum, die vier Wochen Verlängerung zu akzeptieren.

Vreni Wunderlin (FDP) weist darauf hin, dass die Verlängerung, wenn sie durchkomme, möglichst rasch zu publizieren sei, um die Bevölkerung davon in Kenntnis zu setzen.

://: Die dringliche Motion von Pascal Porchet, FDP Liestal, betreffend Fristerstreckung für das Mitwirkungsverfahren zur Revision Ortsplanung wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen für dringlich erklärt.

b) Interpellation von Astrid Basler und Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion zu den Auswirkungen der GATS-Verträge auf die Stadt Liestal (Nr. 2006/80)

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) gibt bekannt, das Traktandum Nr. 10 sei auf Wunsch von Stadtrat Peter Rohrbach von der Traktandenliste zu streichen.

Stadtrat Peter Rohrbach legt dar, er habe sich in Bezug auf die Beantwortung der Interpellation von Astrid Basler und Jürg Holinger zu den Auswirkungen der GATS-Verträge auf die Stadt Liestal verschätzt. Wenn er fundiert darauf eingehen wolle, sei der Aufwand grösser, als er ursprünglich angenommen habe. Das Thema sei interessant und sei es wert, sich genauer damit zu befassen. Er würde die Interpellation gerne an der nächsten Einwohnerrats-sitzung behandeln.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) hält fest, das Traktandum Nr. 10 werde von der Traktandenliste gestrichen.

118 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Dringliche Motion von Pascal Porchet betreffend Fristerstreckung für das Mitwirkungsverfahren zur Revision Ortsplanung (Nr. 2006/83)

Die dringliche Motion hat folgenden Wortlaut:

Dringliche Motion betreffend Fristerstreckung für das Mitwirkungsverfahren zur Revision Ortsplanung

Der Stadtrat wird beauftragt, die Frist für das Mitwirkungsverfahren um vier Wochen zu verlängern.

Begründung:

Die Tragweite der vorgeschlagenen Änderungen wurde von der Bevölkerung anfänglich unterschätzt, wird nun aber je länger je mehr wahrgenommen. Die Fachleute (Juristen, Raumplaner, Architekten) werden mit vielen Anfragen konfrontiert und sind nicht in der Lage, die gestellten Fragen besorgter Grundeigentümer zu beantworten, damit diese innerhalb der gesetzten Frist bis zum 1. März 06 ihre Anliegen formulieren und einreichen können.

Pascal Porchet
FDP Liestal
20.02.06

Franz Kaufmann (SP) führt aus, die Sturheit, die Pascal Porchet an den Tag lege, erstaune ihn. In der BPK habe es geheissen, dass man nicht am Formellen festhalte. Er rufe dazu auf, vernünftig zu sein und das Angebot des Stadtrates entgegenzunehmen.

://: Die eingangs der Versammlung für dringlich erklärte Motion von Pascal Porchet betreffend Fristerstreckung für das Mitwirkungsverfahren zur Revision Ortsplanung wird mit 21 Ja- gegen 15 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

119 B.2.2. Friedhofanlagen

**2. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission
betreffend Friedhofgebäude, Erneuerung – Projekt- und Kreditge-
nehmigung (Nr. 2005/68, Nr. 2005 68a)**

Die Bau- und Planungskommission (BPK) informiert in ihrem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

1. Rechtliche Grundlage

Der Einwohnerrat hat dieses Geschäft am 9. November 2005 an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

2. Einleitung

Das einstöckige Friedhofgebäude – Erstellungsjahr 1962 – ist in einem baulich schlechten Zustand. Es drängt sich eine Sanierung resp. Erneuerung auf. Im Rahmen dieser Sanierung soll auch ein bisher auf der Friedhofanlage fehlendes, behindertengerechtes WC eingerichtet werden. Der Stadtrat hat diverse Varianten geprüft und beantragt dem Einwohnerrat, das Projekt „Neubau Friedhofgebäude mit vorfabrizierten Holzelementen“ zu beschliessen und den entsprechend notwendigen Baukredit von CHF 235'000.- zu bewilligen.

3. Detailberatung in der BPK

Die Kommission hat sich eingehend mit diesem Geschäft befasst. Dabei wurde festgestellt, dass durchaus günstigere Varianten möglich sind, ohne den Komfort für die Friedhofbesucherinnen und Friedhofbesucher einzuschränken und ohne die Arbeitsbedingungen für den Friedhofgärtner zu verschlechtern.

Nach reiflicher Überlegung kommt die BPK zum Schluss, das Geschäft sei an den Stadtrat zurückzuweisen. Es soll dem Einwohnerrat in einer „abgespeckten“ Version wieder vorgelegt werden, unter Berücksichtigung folgender Aspekte:

- Das behindertengerechte WC soll in der Aufbahnhalle eingebaut werden (Zugang von aussen).
- Abbruch des einstöckigen Friedhofgebäudes und anstelle dieser Liegenschaft Erstellung eines zweckmässigen, überdachten Raumes für Werkstatt und Materialmagazin (unbeheizt). Grösse zwischen 30 und 40 m².
- Im Bereich des Gemeinschaftsgrabes soll eine Info-Tafel aufgestellt werden (Aufbahnhalle, Abdankungshalle, WC, behindertengerechtes WC).

Die Kommission schätzt, dass diese Variante rund 100'000 Franken kosten wird.

Der Antrag der BPK lautet:

Das Geschäft wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, dem Einwohnerrat eine „abgespeckte“ Variante im Sinne von Punkt 3 zu unterbreiten.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat stimmt dem Projekt „Neubau Friedhofsgebäude mit vorfabrizierten Holzelementen“ zu und beschliesst die Freigabe des dafür erforderlichen Baukredits im Betrag von CHF 235'000.--.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) legt dar, die BPK habe sich die Situation auf dem Friedhof angesehen. Dabei seien ihr folgende Punkte klar geworden: Aus betrieblichen Gründen sollten alle Werkzeuge, Maschinen und Geräte auf dem Friedhofareal bleiben. Grössere Reparaturen an den Geräten könnten aber durchaus im nahe liegenden Werkhof erledigt werden. Der Einbau einer behindertengerechten Toilettenanlage sei unbestritten. Beim vorliegenden Projekt handle es sich um eine Maximal-Variante. Die vorgesehene Fläche sei in dieser Dimension nicht nachvollziehbar und für den Betrieb nicht notwendig. Die BPK stelle deshalb eine Alternativ-Variante mit den im Bericht genannten Eckpunkten vor. Die Kommission stelle dem Rat einstimmig den Antrag, die Vorlage an den Stadtrat zurückzuweisen.

Jürg Holinger (GL) äussert, im Namen der Grünen Fraktion unterstütze er den Antrag der BPK. Er sei der Meinung, dass man das Geschäft in der vorgestellten Weise aufgleisen könne. Die Investitionen würden zurückgeschraubt, ohne die Betriebskosten hinaufzufahren. Es handle sich um eine sinnvolle Einsparung. Er begrüsse es, wenn der Stadtrat nochmals über die Bücher gehe.

Franz Kaufmann (SP) teilt mit, die SP-Fraktion unterstütze die Rückweisung einstimmig.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, auch seine Fraktion sei für die Rückweisung. Man bekomme mit der Alternativ-Variante für weniger gleich viel.

Regina Vogt (FDP) sagt, auch die FDP-Fraktion unterstütze den Antrag auf Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat grossmehrheitlich.

Stadträtin Marion Schafroth erwidert, der Stadtrat sei bereit, das Geschäft zurückzunehmen. Er sei froh, dass ein Konsens darüber bestehe, dass das alte Gebäude abzureissen sei, dass es ein behindertengerechtes WC brauche und dass das Material des Friedhofgärtners vor Ort sein solle. Der Stadtrat sei bereit, die Variante der BPK ernsthaft zu prüfen. Als Vorsteherin des Bereichs Betriebe erlaube sie sich, einige weitere Worte zu sagen. Im Zusammenhang mit dem Geschäft seien Äusserungen von Vertretern des Einwohnerrates gefallen, auf die sie reagieren wolle. Es habe geheissen, der Vorschlag des Stadtrats sei eine Luxuslösung. Ein Wagenpark der Stadt brauche keine Garage und ein Gärtner brauche keine Werkstatt auf dem Friedhof. Es handle sich um eine Zwängerei der Betriebe. Die Betriebe würden die Anliegen des Einwohnerrates nicht ernst nehmen und seien sich nicht bewusst, was Sparen heisse. Das mache ihr Mühe. Die Vorlage sei folgendermassen entstanden: Der Wunsch nach einer Erneuerung des Friedhofgebäudes bestehe seit den neunziger Jahren. Das Baudepartement und die Betriebe hätten dieses Anliegen aufgenommen und Varianten erarbeitet. Die Zielvorgaben seien folgende gewesen: Das alte Gebäude sollte entweder renoviert oder abgerissen werden. Es sollte auf jeden Fall etwas entstehen, was 30 bis 40 Jahre Bestand haben würde. Der Friedhofgärtner sollte seinen Arbeitsplatz auf dem Friedhof haben; das bedeute, dass er auch sein Material dort haben sollte und somit auch eine Werkstatt. Die Werkstatt sollte sich in einem isolierten Raum befinden, wo man bei Bedarf auch heizen könnte. Eine Toilette für Behinderte hätte ebenfalls klar dazugehört. Aus diesen Vorgaben sei das Projekt für CHF 235'000.- entstanden. Der Stadtrat prüfe gerne, ob man das selbe auch für CHF 100'000.- haben könne. Aber dass man nicht bereit sei zu sparen, sei eine Aussage, die wehtue. Der Einwohnerrat diskutiere Themen wie Vereinsküche und Kunstrasen. Das seien gerechtfertigte Anliegen. Die Diskussion darüber, wo die Gelder hinzufliessen hätten, solle aber in anständigem Rahmen und in gegenseitigem Respekt stattfinden.

://: Der Antrag der Bau- und Planungskommission, das Geschäft an den Stadtrat zurückzuweisen, mit dem Auftrag, dem Einwohnerrat eine „abgespeckte“ Variante zu unterbreiten, wird grossmehrheitlich bei 1 Gegenstimme angenommen.

- 120 E.2.15. Schulraumplanung, Schüler/-innen-Bestände**
L.2.2.3. Gemeindeliegenschaften und Grundstücke: Schulbauten, Turn- und Sportanlagen, Spielplätze, Sport- und Volksbad Gitterli AG
- 3. Bericht des Stadtrates betreffend Schulanlage Frenkenbündten: Aus- und Umbauten diverser Räume (Einbau Schulküche, Metallwerkstatt und andere Räume) – Projekt- und Kreditgenehmigungen (Nr. 2006/81)**

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Der Kanton will die kantonalen Schulanlagen in Liestal aus- und umbauen. Da nach der heutigen Regelung immer noch die Stadt Liestal die Liegenschaften im Auftrag des Kantons verwaltet und auch vorfinanziert, muss dieses Projekt dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Alle vorgesehenen baulichen Massnahmen wurden vom Kanton festgelegt und werden die Einwohnerkasse nicht belasten.

Das heutige, zeitlich nicht weiter verschiebbare Projekt sieht den Einbau diverser Unterrichtsräume für verschiedene Fachgebiete vor. So soll im Untergeschoss eine schon längst geplante, zusätzliche Metallwerkstatt eingebaut werden. Im Erdgeschoss möchte man eine zweite Schulküche einbauen und die viel zu kleine Bibliothek an einem anderen Standort neu errichten. Durch die diversen Verschiebungen der Unterrichtsräume sind etliche weitere Anpassungen an der Infrastruktur notwendig.

Sämtlichen Aus- und Umbauwünschen der Schule liegen von den kantonalen Amtsstellen anerkannte Bedürfnisse zugrunde, welche im Bildungsgesetz ihre Verankerung finden. Das Projekt wurde von der kantonalen Fachkommission für Raumplanung gutgeheissen. In den nächsten Wochen wird der offizielle Beschluss des Regierungsrates eintreffen. Sämtliche Kosten werden durch den Kanton mittels Annuitäten und den jährlichen Beiträgen an Wartung/Unterhalt für Sekundarschulanlagen finanziert. Sie sind damit für die Einwohnerkasse der Stadt Liestal kostenneutral.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat stimmt dem Um- und Ausbauprojekt betreffend die Schulanlage Frenkenbündten zu.
2. Für die Um- und Ausbaurbeiten sowie die Neuanschaffung von Mobiliar wird ein Bruttokredit von CHF 1'720'000.00 bewilligt (Investitionsrechnung Konto Nr. 249.503.01).
3. Für die Unterhaltsarbeiten sowie die Ersatzanschaffungen von Mobiliar wird ein Bruttokredit von CHF 199'200.00 bewilligt (Laufende Rechnung Konto Nr. 249.311.31).

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) stellt fest, es sei ein Antrag eingegangen, das Geschäft zur Vorberatung an die Bau- und Planungskommission zu überweisen. Hanspeter Meyer habe den Antrag im Auftrag der BPK eingereicht.

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, die Stadt sei Immobilienverwalterin im Auftrag und auf Rechnung des Kantons. Sie werde für den Aufwand, den sie als Immobilienverwalterin betreibe, vom Kanton entschädigt. Wie sich die Entschädigung zusammensetze, könne man im Budget nachlesen. Bei diesem Auftragsverhältnis habe die Stadt gemeinsam mit dem Kanton den Umbau beziehungsweise die Renovation erarbeitet. Der Kanton habe alle Details festgelegt. Mit Beschluss vom 14. Februar 2006 habe der Regierungsrat diesen Umbau genehmigt. In seinem Schreiben habe er Folgendes mitgeteilt: „Da das Schulhaus Frenkenbündten auch bei veränderten Schulstrukturen weiterhin vollständig von der Sekundarschule genutzt werden muss und die Notwendigkeit der Umbauten gegeben ist, befürwortet die

Fachkommission nach mehrmaliger Überprüfung das vorliegende Gesuch der Stadt Liestal. 1. Dem Gesuch der Stadt Liestal für Investitionen in die Sekundarschul-Anlage Frenkenbündten von total CHF 1'919'200.- für die Anpassungs- und Umbauarbeiten wird entsprochen. 2. Nach Abschluss der Bauarbeiten hat die Stadt Liestal der BKSD, z. H. des Beauftragten für Schulraumplanung, eine Abrechnung vorzulegen. 3. Vom Gesamtbetrag von CHF 1'919'200.- werden gemäss Bildungsgesetz CHF 1'720'000.- in den Anlagewert des Kantons übernommen. Der Stadt Liestal verbleiben somit als Unterhaltsleistung CHF 199'200.- Die aufgrund der Erhöhung des Anlagewertes der Sekundarschule Liestal neu berechneten Annuitäten sind im Budget 2006 unter Konto 2527.352.00 eingestellt.“ Man müsse also zur Kenntnis nehmen, dass die Schulanlage im Auftrag und auf Rechnung des Kantons renoviert werde. Die Stadt habe sich davor gehütet, auch nur eine Kleinigkeit mehr auszuführen, als der Kanton bewilligt habe. Nun bewähre sich, dass die Stadt den Finanzkreis Kantonale Schulanlagen separat ausweise. Die Zunahme der Schulden dieses Kreises habe mit der Stadt Liestal nichts zu tun. Der Kanton übernehme den Unterhalt der Gebäude, die Zinsen sowie das Abstottern der Schuld, das heisst die Annuitäten. Im nächsten Finanzplan würden die Schulden bei den Kantonalen Schulanlagen im Jahr 2007 CHF 9,9 Mio. betragen. Was den Terminplan betreffe, so habe die Stadt dem Kanton schon 1999 mitgeteilt, dass diese Schulanlage dringend renoviert werden müsse. Der Kanton sei nicht darauf eingetreten, weil er das Bildungsgesetz habe abwarten wollen. Von der Verwaltung aus sei das Unterfangen schon lange und intensiv verfolgt worden. Leider habe der Regierungsrat den Beschluss erst jetzt gefasst. Damit die Schulferien optimal für den Umbau genutzt werden könnten, sei die Stadt darauf angewiesen, dass das Geschäft heute abschliessend beraten werde und die Anträge genehmigt würden. Der Stadtrat beantrage, das Geschäft an dieser Sitzung direkt zu beraten, so dass die Terminpläne eingehalten werden könnten.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) bittet um Stellungnahmen der Fraktionssprecherinnen und -sprecher zum Überweisungsantrag.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) sagt, er wolle seinen Antrag, den er im Auftrag der BPK eingereicht habe, begründen. Es sei ungewöhnlich, dass es zu einem solchen Antrag einer Kommission komme. Was Peter Rohrbach gesagt habe, stimme alles. In der BPK sei aber ein gewisser Unmut darüber aufgekommen, dass man dieses Geschäft so kurzfristig traktandiert habe, auch wenn die Stadt hier nur Durchlaufstation sei. Es gehe immerhin um rund CHF 1,7 Mio., über die der Einwohnerrat zu beschliessen habe. In der Kommission sei auch festgehalten worden, dass man auch gegenüber dem Kanton Steuerzahler sei und in dieser Funktion ebenfalls eine Verantwortung trage. Die BPK habe auch über die Terminverzögerung diskutiert. Sie sei bereit, trotz der Beratung anderer Geschäfte diese Vorlage in den nächsten drei Wochen dringlich zu behandeln und am 5. April 2006 dem Einwohnerrat wieder vorzulegen. Es gehe darum, eine vertiefte, seriöse Behandlung zu gewährleisten. Die BPK wolle einen Augenschein nehmen. Die Planungsphase in Bezug auf die Umbauarbeiten würde genau gleich weiterlaufen.

Jürg Holinger (GL) erläutert, die Grüne Fraktion sei an ihrer letzten Sitzung für die Direktbehandlung des Geschäfts gewesen. Sie habe noch nicht gewusst, dass ein beschleunigtes Verfahren in der BPK möglich wäre. Persönlich meine er, dass man die Vorlage trotz Zeitdruck seriös prüfen solle. Es handle sich um Steuergelder, da solle man genau hinschauen. Der Kanton habe diese Gebäude den Gemeinden nicht abkaufen wollen. Wenn diese Kredite nun deshalb noch nach Gemeinderecht behandelt würden, müsse der Kanton in Kauf nehmen, dass die Entscheidungsmechanismen, wie sie in einer Gemeinde gepflegt würden, zum Tragen kämen. Was die Verzögerung betreffe, so denke er, dass es diese verträge. Die Stadt könne trotzdem weiterarbeiten. Er sei persönlich für die Überweisung der Vorlage an die BPK, weil er überzeugt sei, dass so allen Aspekten am besten Rechnung getragen werde.

Franz Kaufmann (SP) teilt mit, die SP sei an ihrer Fraktionssitzung einstimmig für die Überweisung an die BPK gewesen. In der Zwischenzeit habe sie erfahren, dass die Lehrerschaft

nach der Fasnacht die Pensen legen müsse. Das Stadtbauamt sollte ausserdem weiterarbeiten können. Dadurch sei die SP-Fraktion ins Zweifeln gekommen, ob sie mit dem Wunsch nach Überweisung als Bremsklotz wirken würde. Es würden jedoch die Dinge gelten, die Jürg Holinger gesagt habe. Materiell werde nichts mehr geändert, damit könne man rechnen. Man sollte jedoch Informationen einholen können. Trotz aller Unsicherheit in der Fraktion liege der Beschluss, das Geschäft an die BPK zu überweisen, noch immer auf dem Tisch. Die Vorlage müsse aber zwingend am 5. April 2006 behandelt werden.

Pascal Porchet (FDP) äussert, für die FDP sei es glasklar gewesen, dass die Vorlage an die BPK zu überweisen sei. Es gehe um eine Summe von CHF 1,7 Mio. Dies wolle man nun so schnell nebenbei über die Bühne bringen. In der Vorlage stehe nichts darüber, wann der Umbau vor sich gehen solle. Jetzt merke man, dass er in den Sommerferien realisiert werden solle. Ein Geschäft dieser Grössenordnung habe an die BPK zu gehen. Er schliesse sich sämtlichen Äusserungen von Jürg Holinger an. Die Stadt dürfe hier nicht nur einfach Durchlaufstation sein und mit dem Kopf nicken.

Hanspeter Stoll (SP) weist auf die Konsequenzen hin für den Fall, dass der Umbau nicht gemacht werde. Sie seien zuhinterst in der Vorlage festgehalten. Für das Schuljahr 2006/2007 könnten die Fächer Kochen und Werken Metall nicht für alle Schüler und Schülerinnen im Schulhaus Frenkenbündten angeboten werden. Im Prinzip sei es eine Finanzvorlage und gehöre an die Fiko überwiesen, denn materiell werde die BPK nichts mehr verändern können. Die ganze Angelegenheit sei immer wieder zurückgestellt worden. Jetzt sei das Geld gesprochen. Man sei nun in der Lage, einen Zustand herzustellen, der mit dem Bildungsgesetz übereinstimmen würde. Das nächste Jahr müsse man jetzt planen. Die Anmeldungen für die Kurse lägen vor. Man habe festgestellt, dass es in den Schulhäusern Frenkenbündten, Rotacker und Burg mehr Kurse geben werde. Umverteilungen seien aus Kapazitätsgründen nicht möglich. Das bedeute, dass diverse Fächer nicht angeboten werden könnten, wenn der Rat das Geschäft nicht direkt berate. Man müsse jetzt planen. Die Anstellungsgespräche würden jetzt laufen, nicht erst im April. Die Schule werde sicher nicht weiterplanen, wenn die Vorlage nicht an dieser Sitzung abschliessend beraten werde. Er bitte den Rat darum, den Mut zur Direktberatung zu zeigen, im Sinn der Leute, die diese Schule besuchen würden.

Bernhard Fröhlich (FDP) führt aus, das Votum von Hanspeter Stoll sei aus der Sicht eines Lehrers verständlich. In diesem Schulhaus müsse etwas geschehen, das sei keine Frage. Er denke, dass niemand gegen die Sanierung sei. Es werde auf alle Fälle ein Ja zur Vorlage geben. Deshalb würden die drei Wochen Verzögerung auch keine Rolle spielen. Die Frage sei, ob es nur um eine formelle Absegnung gehe. Er sei der Meinung, dass dies auch eine materielle Angelegenheit sei. Die Stadt sei Immobilienverwalterin. Als solche habe sie kritisch und sparsam zu sein und zu schauen, ob sie noch etwas herausholen könne. In dieser Rolle stehe man in einer Verantwortung. Man müsse prüfen, kontrollieren und etwas für den Bauherrn erreichen, ohne dass die Qualität darunter leide. Die Stadt müsse ihren Job gut machen. Er lege allen ans Herz, das Geschäft in die BPK zu geben.

Stadtrat Ruedi Riesen erinnert daran, dass der Schulhausumbau nicht vom Kanton geplant worden sei. Den detaillierten Kostenvoranschlag habe die Gemeinde zusammen mit einem Architekten gemacht. Der Kanton sei begleitend dabei gewesen. Dass die BPK am Preis schrauben könne, bezweifle er.

Pascal Porchet (FDP) legt als BPK-Mitglied dar, die BPK habe zwar viel zu tun, aber sie nehme sich die Zeit, um ihrer Pflicht nachzukommen. Bei solchen Summen sei dies selbstverständlich. Es könne nicht sein, dass man für so etwas keine Zeit habe.

://: Der Antrag von Hanspeter Meyer auf Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission wird mit 30 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen genehmigt.

- 121 E.2.15. **Schulraumplanung, Schüler/-innen-Bestände**
L.2.2.3. **Gemeindeliegenschaften und Grundstücke: Schulbauten, Turn- und Sportanlagen, Spielplätze, Sport- und Volksbad Gitterli AG**
- 4. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Ausbau der Infrastruktur in den Frenkenbündtenhallen, im Speziellen: Anbau einer Küche (Nr. 04/183, Nr. 04/183a, Nr. 04/183b)**

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht folgendermassen:

Im Rahmen des Ausbaus der Infrastruktur in der Sporthalle Frenkenbündten ist der Einbau einer Gastroküche im Bereich Foyer vorgesehen. Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 25. Mai 2005 mit grossem Mehr dem Zwischenbericht des Stadtrates (Nr. 04/183a) vom 10.05.2005 zugestimmt und ihn gleichzeitig beauftragt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten.

In Zusammenarbeit mit der IGOL (Interessengemeinschaft der Ortsvereine Liestal) wurde sowohl ein Benützungsgebührenreglement erstellt wie auch eine Bedarfsabklärung unter den Vereinen durchgeführt. Sämtliche Anforderungen und Aspekte sind in das Projekt eingeflossen.

Das Projekt sieht den Einbau einer professionellen Gastroküche im Bereich des Foyers in der Sporthalle vor. Die Küche wird sowohl kleinen Anlässen als auch grossen Veranstaltungen gerecht und wird dazu beitragen, dass Vereine etwas in die Vereinskasse erwirtschaften können.

Für den Stadtrat ist dieses Geschäft im Rahmen einer nachhaltigen und integrativen Politik ein überaus wichtiges und prioritäres Anliegen zwecks gezielter Förderung der Vereine. Sie sind wesentliche Akteure in Bezug auf die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der interkommunalen Vernetzung und der sinnvollen Freizeitgestaltung.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat stimmt dem Infrastruktur-Ausbau sowie dem Einbau einer Gastroküche in der Sporthalle Frenkenbündten zu und bewilligt dafür einen Bruttokredit von CHF 220'000.-- (Konto Nr. 249.503.02).
2. Das Postulat Nr. 04/183 wird als erfüllt abgeschrieben.

Franz Kaufmann (SP) teilt mit, die SP-Fraktion wolle auch diese Vorlage an die BPK überweisen. Wenn sich die Kommission die Anlage Frenkenbündten wegen der diversen Umbauten sowieso anschauen, könne sie auch dieses Geschäft behandeln.

Bernhard Fröhlich (FDP) sagt, die FDP-Fraktion unterstütze diese Meinung in derselben Konsequenz wie vorher. Es gehe um Bauten, die überprüft werden sollten. Es sei richtig, zwei Dinge im selben Zug zu machen. Er lade alle Anwesenden ein, sich die mobile Küche am Binggis-Cup anzuschauen. Dort sehe man, was es für Strukturen brauche. Er sei dankbar dafür, dass die Stadt das Geschäft auf die Schiene gebracht habe.

Hans Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP) äussert, auch seine Fraktion sei für Überweisung der Vorlage an die BPK.

Jürg Holinger (GL) ergänzt, die Grüne Fraktion sei derselben Meinung.

://: Der Bericht des Stadtrates zum Postulat von Bernhard Fröhlich betreffend „Ausbau der Infrastruktur in den Frenkenbündtenhallen, im Speziellen: Anbau einer Küche“ wird einstimmig an die BPK überwiesen.

122 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

5. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation aller Fraktionen zur Kostenexplosion in der Sozialhilfe (Nr. 2005/74)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation zur Kostenexplosion in der Sozialhilfe

Am 29. Mai 2002 hat der Einwohnerrat einer Reorganisation der Sozialen Dienste zugestimmt. Unter anderem war diese laut Vorlage 02/79 notwendig aufgrund des Missstandes, „dass die Unterstützungsdauer für Sozialhilfeempfänger in Liestal wesentlich länger ist als im Kantonsdurchschnitt“. Durch eine Pensenerhöhung, durch Klärungen im Bereich Führung, durch die Einführung neuer Instrumente der Fallbearbeitung (Case-Management) und weitere Massnahmen sollte eine wesentliche Senkung der Kosten im Leistungsbereich erzielt werden.

Aufgrund des Jahresprogramms 2006 scheint die Umsetzung der Reorganisation mit Problemen behaftet. Die Anwendung des Case-Managements wird mit einem Projektstand von 25% ausgewiesen (im Vorjahr 50%), die Fertigstellung eines Qualitätsmanagement-Handbuchs mit 40% und die Einrichtung eines „zweckmässigen und aussagekräftigen Reporting und Controlling“ findet gar keine Erwähnung mehr.

Der Voranschlag 2006 schliesslich geht von einer massiven Zunahme des Sozialhilfeaufwandes aus. Dieser liegt weit höher als zu Beginn der Reorganisation. Gegenüber 2005 (Voranschlag) erhöht sich der Leistungsaufwand mit 7,3 Millionen brutto bei gleich bleibenden Rückerstattungen um eine Million. Diese Entwicklung ist alarmierend! An einer Informationsveranstaltung für die Mitglieder von GPK und FIKO blieb die Beantwortung vieler Fragen sehr unbefriedigend. Zahlen, welche eine Entwicklung des 2002 genannten Hauptproblems erläutert hätten, fehlten.

Darum wünschen die Unterzeichnenden Antworten auf folgende Fragen:

- Wie hat sich die Unterstützungsdauer von SozialhilfeempfängerInnen in Liestal vom Beginn der Reorganisation an bis heute verändert? Wie hat sich die Unterstützungsdauer in dieser Zeit im Kantonsdurchschnitt verändert? Wie hoch ist heute die Zahl der seit mehr als 9 Jahren Unterstützten in Liestal und im Kantonsdurchschnitt?
- Warum kommt die Reorganisation der Sozialen Dienste nur schleppend voran? Welches sind die Probleme insbesondere bei der Umsetzung von Case-Management und Qualitätsmanagement-Handbuch?
- Welche Lebenslagen führen in Liestal vor allem dazu, dass Sozialhilfeleistungen in Anspruch genommen werden müssen? Mit welchen Instrumenten wird die Entwicklung der sozialhilfebedürftigen Bevölkerungsgruppen analysiert? Und welche Massnahmen werden getroffen, um besonders gefährdete Personengruppen präventiv in ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit zu unterstützen?
- Welche Möglichkeiten des Lastenausgleichs bestehen im Kanton für den Fall, dass Liestal aufgrund seiner Bevölkerungsstruktur einen überdurchschnittlichen Anteil an SozialhilfeempfängerInnen aufweist? Welche Massnahmen ergreift die Stadt Liestal, um in den Genuss eines Lastenausgleichs zu kommen? Sind diese im Voranschlag 2006 und im Finanzplan 2006-2010 berücksichtigt?

Für die Fraktionen:

Marie-Theres Beeler, Grüne; Franz Kaufmann, SP; Adrian Mächler, FDP; Paul Finkbeiner, SVP/CVP/EVP

Liestal, 13. Dezember 2005

Stadtpräsidentin Regula Gysin führt aus, man komme heute zu einem wichtigen Thema, das einen grossen Teil der Bevölkerung beschäftige und bedrücke. Aufgrund der Rechnung 2005 hätten sich das Departement und die Sozialhilfebehörde mit dem Thema auseinandergesetzt. Die Idee sei entstanden, mit der Fiko und der GPK ins Gespräch zu kommen und über den Stand der Dinge zu informieren. Die Orientierungsversammlung habe am 5. Dezember 2005 stattgefunden. Eine knappe Woche nach dieser Veranstaltung sei die Interpellation eingereicht worden. Sie habe sich gefragt, wie denn der Kontakt zwischen einzelnen Ratsmitgliedern und der Sozialhilfebehörde sei.

Die Sozialhilfebehörde sei eine eigenständige Nebenbehörde. Sie unterstehe nicht dem Stadtrat und sei politisch aus allen Parteien zusammengesetzt. Sie sei abschliessend verantwortlich für den Vollzug des Sozialhilfegesetzes; sie entscheide über die Finanzierung. Die Sozialarbeiter würden die ganze Vorarbeit machen, den Kontakt mit den Klienten pflegen, die Unterlagen zusammenstellen und alle Möglichkeiten ausschöpfen. Wenn der Entscheid in der Sozialhilfebehörde gefallen sei, gebe es eine Verfügung, die an den Kanton weitergeleitet werde. Die Kontrolle sei also gewährleistet. Die Sozialhilfe sei das letzte Netz innerhalb der Unterstützungsmöglichkeiten. Wenn jemand arbeitslos werde und keine Stelle mehr finde, werde er irgendwann ausgesteuert und dann sozialhilfeabhängig. Danach gebe es nichts mehr. Die Stadt habe das Gesetz zu erfüllen.

Das Ziel der Sozialhilfe sei die rasche Integration in den Arbeitsmarkt beziehungsweise ein Zurückführen in die Selbständigkeit. Wenn jemand nach zwei Jahren nicht ablösbar sei von der Sozialhilfe, werde es äusserst schwierig. Die Folge sei in der Regel ein Verharren in der Abhängigkeit bis zur AHV- oder einer IV-Rente. Der Höhepunkt der Entwicklung sei noch nicht erreicht. Die Sozialhilfeausgaben würden weiter ansteigen. Heute habe man eine andere Zusammensetzung der Sozialhilfebezüger als früher. Es gebe in der Schweiz eine Arbeitslosigkeit in einem früher nicht bekannten Ausmass. Die Familie habe nicht mehr denselben Stellenwert. Jugendliche würden aus unterschiedlichen Gründen keine Stelle finden; darunter befänden sich mehrheitlich junge Männer. Zudem gebe es eine Völkerwanderung von Ost nach West.

Wenn die Fälle nicht betreut und begleitet würden, sondern nur verwaltet, werde die Falldauer länger. Die Sozialen Dienste bräuchten deshalb genügend personelle Ressourcen, sonst entstünden noch viel höhere Kosten. Im Kanton Baselland würden neun Gemeinden 62 Prozent aller Sozialhilfefälle betreuen, 23 Gemeinden 90 Prozent aller Sozialfälle. Es gebe keinen Sonderfall Liestal. Trotzdem verzeichne Liestal eine relativ grosse Zahl von Fällen, die von der Dauer der Abhängigkeit her über dem kantonalen Durchschnitt liegen würden. Dies beschäftige die Stadt mit grösster Besorgnis. Das Departement und die Sozialhilfebehörde würden permanent nach Lösungen suchen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt im Folgenden zu den Fragen der Interpellation mündlich Stellung. Bei ihren Ausführungen stützt sie sich auf eine schriftliche Grundlage. Dieser Text folgt nachstehend anstelle der Wiedergabe der mündlichen Beantwortung.

Frage 1

Die durchschnittliche Unterstützungsdauer ist in Liestal wie auch im Kanton gesunken.

Jahr	2000	2004
<i>Liestal</i>	1269	961
<i>Kanton</i>	950	811

durchschnittliche Gesamtunterstützungsdauer pro Dossier in Tagen

Die Gründe für die rückläufige Unterstützungsdauer sind verschiedener Natur:

- *Zunahme von Neuanmeldungen mit kurzer Falldauer*
- *Ablösung von Fällen mit langer Laufdauer*
- *Optimierung der Fallbearbeitung*
- *Konsequente und sofortige Abmeldung von Fällen*

Die Gründe für die Abweichung vom kantonalen Durchschnitt sind nicht genau zu verifizieren, da es dazu keine erhärteten Daten gibt. Mögliche Gründe können sein: höherer Ausländeranteil, tieferes Bildungsniveau, schwächere soziale Netze, Mangel an Fremdbetreuungsmöglichkeiten für Kinder, signifikant mehr Klienten/Klientinnen in Problem-Segmenten wie Alleinerziehende, Sucht- und Drogenprobleme, schwervermittelbare Langzeitarbeitslose etc.

Derzeit werden in Liestal 35 Fälle/Haushaltungen mit einer Laufdauer >4 Jahre von der Sozialhilfe unterstützt, davon 7 mit einer Laufdauer >10 Jahre.

Eine strukturierte und detaillierte Fallanalyse betreffend die 35 Fälle ergibt folgendes Bild (häufigste Merkmale in absteigender Reihenfolge):

- 1.) Mehr oder weniger schwerwiegende gesundheitliche Probleme
- 2.) Im heutigen Arbeitsmarkt schwer vermittelbar
- 3.) Im heutigen Arbeitsmarkt nicht vermittelbar
- 4.) Alleinerziehend
- 5.) Bei der IV angemeldet (teilweise schleppende Verfahren)
- 6.) Ablehnender IV-Entscheid

Das Gesamtbild zeigt hinsichtlich einer Ablösung von der Sozialhilfe eine sehr ungünstige Prognose, die vielfach lautet: entweder Berentung durch die IV oder Unterstützung durch die Sozialhilfe; die Integration in den Arbeitsmarkt entfällt weitgehend in diesem Klientensegment.

Obwohl die Frage der Kostenentwicklung in der Interpellation nicht explizit gestellt wird, lässt sich dazu Folgendes sagen:

Das Kostenwachstum in den Jahren 2003 bis 2005 ist Ausdruck einer kontinuierlich steigenden, wirtschaftlich und gesellschaftlich bedingten Nachfrage nach Leistungen der Sozialhilfe und einem parallel dazu verlaufenden Rückgang von Rückerstattungen infolge einer restriktiveren Praxis der Sozialversicherungen.

Die Fallzahlen (total aktive Fälle mit Stichdatum 31.12.) sind in diesem Zeitraum um knapp 10% angestiegen, die bearbeiteten Dossiers (sämtliche Dossiers, welche innerhalb eines Jahres bearbeitet wurden) gar um 21%, was in Kumulation mit anderen Faktoren wie bspw. gestiegene Gesundheitskosten den Grund für den Kostenanstieg darstellt.

Demgegenüber sind die situationsbedingten Leistungen - die einzigen beeinflussbaren Kosten - doch immerhin um gegen CHF 200'000.- gesunken, was zeigt, dass die Sozialhilfe in Liestal kostenbewusst entscheidet.

Die steigende Nachfrage lässt sich mit der Reorganisation nicht beeinflussen. Sie ist ein gesellschaftlicher und arbeitsmarktlicher Faktor.

Liestal stellt hier keinen Sonderfall dar. Analoge Entwicklungen sind im ganzen Kanton Baselland und gesamtschweizerisch feststellbar - insbesondere in Städten und urbanen Gemeinden mit Zentrumsleistungen und guter Infrastruktur.

Frage 2

Der Reorganisationsprozess gliedert sich in verschiedene Phasen:

- | | |
|------------|--|
| Phase I: | Das eigentliche Projekt mit externer Begleitung |
| Phase II: | Umsetzung und Implementierung nach Abschluss der Phase I |
| Phase III: | Evaluation nach erfolgter Umsetzung |

Die Phase I ist abgeschlossen. Darüber wurde der ER mit einem umfassenden Schlussbericht informiert. Die Phase II ist in Bearbeitung und wird Ende 2006 abgeschlossen sein.

Die Einführung des Case-Management verzögerte sich infolge der starken Inanspruchnahme des Dienstes mit der wachsenden Fallarbeit, der zunehmenden Komplexität der Fälle mit den Aufgaben der Subsidiarität* und Massnahmen zur beruflichen Integration wie auch infolge vermehrter vormundschaftlicher Aufgaben. Weiter waren Anwendungsfragen in Nach-

schulungen zu klären und zusätzliche EDV-Einrichtungen vorzunehmen. Per 01.02.2006 kommt das Casemanagement nun systematisch zur Anwendung.

**Subsidiarität: Geltendmachung sämtlicher Leistungsansprüche der Sozialhilfeempfänger gegenüber Dritten wie bspw.: Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung, Ergänzungsleistung, Krankenversicherung, Prämienverbilligung, Leistungen des Arbeitgebers (BVG), Leistungen nach Opferhilfegesetz, Leistungen privater und gemeinnütziger Institutionen, etc.*

Die Erstellung des Organisationshandbuches wird aus Effizienzgründen in den Q-Prozess der Gesamtverwaltung integriert. Sämtliche Grundlagen dazu sind erarbeitet und die optimierten Arbeitsabläufe sind eingerichtet. Es handelt sich hier lediglich um die Darstellung und Abbildung von bereits eingerichteten Massnahmen und Abläufen.

Das Reporting und Controlling ist schrittweise in Umsetzung und planmässig vorangeschritten, wurde hingegen im Jahresprogramm nicht mehr erwähnt.

Frage 3

Es sind nicht in erster Linie isoliert zu betrachtende Lebenslagen, sondern der wirtschaftliche und arbeitsmarktliche Strukturwandel, welcher zu einer wachsenden Nachfrage nach Sozialhilfeleistungen geführt hat und weiter führen wird. Insbesondere sind hier zu nennen:

- *Gestiegene Leistungsansprüche in der Arbeitswelt*
- *Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen mit tiefem beruflichem Qualifikationsniveau*
- *Wegfall von Nischenarbeitsplätzen*
- *Steigende Jugendarbeitslosigkeit*

Daraus ergeben sich Risikogruppen in der Bevölkerung mit folgenden Merkmalen:

- *Tiefes berufliches Qualifikationsniveau*
- *Mangelnde Berufserfahrung*
- *Mangelnde sprachliche, kulturelle und gesellschaftliche Integration*
- *Gesundheitliche Beeinträchtigungen*
- *Eingeschränktes Leistungsvermögen (z.B. infolge Suchtproblematik)*
- *Alleinerziehend als erschwerender Faktor*

Eine präventive Tätigkeit durch unseren Dienst findet im Rahmen von Informations- und Beratungsgesprächen statt. Dabei wird je nach Problemsituation der Kontakt zu spezialisierten Fachstellen vermittelt oder eine finanzielle Unterstützung durch private Geldquellen ermöglicht. Wirtschaftliche Sozialhilfe erfolgt nur dann, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind.

Generelle Präventionsarbeit im Bereich der Risikogruppen überstiegen die Möglichkeiten unseres Dienstes. Dies ist eine gesellschafts- und wirtschaftspolitische Aufgabe. Gefährdet sind immer grössere Personengruppen. Die Sozialhilfe beschäftigt sich nicht mehr wie früher mit einzelnen Problemgruppen, sondern lindert individuell die (wirtschaftlichen) Folgen des gesellschaftlichen Strukturwandels mit einem für Klienten der Sozialhilfe immer schwerer zugänglicheren Arbeitsmarkt.

Frage 4

Die Möglichkeiten des Lastenausgleichs müssen erneut – gerade im Hinblick auf das massive Kostenwachstum in der Sozialhilfe - politisch diskutiert werden (Landrat); dazu braucht es eine Änderung des Sozialhilfegesetzes. Beispielsweise kennt der Kanton Bern seit Jahren eine solche Lösung. Im Kanton Baselland sind die Kosten für die Sozialhilfe sehr ungleich auf Agglomerations- und Zentrumsgemeinden verteilt. Liestal gehört seit Jahren zu den Top Tens im Kanton BL. Dies ist kein hausgemachtes Problem, sondern eine Frage der sozioökonomischen Struktur eines Gemeinwesens.

Stadtpräsidentin Regula Gysin bemerkt zum Schluss ihrer Ausführungen, es gebe umliegende Gemeinden, die keinen einzigen Sozialhilfeempfänger hätten. Wenn jemand zum Sozialhilfeempfänger werde, bleibe er oft nicht in einem kleinen Dorf, sondern ziehe die Anonymität vor. Deshalb sei für sie klar, dass solche Gemeinden aus Solidarität die Kosten mittragen sollten. Sie habe im Übrigen nicht ganz verstanden, weshalb alle diese Fragen gekommen seien. Es seien sachspezifische Fragen, auf die es klare Antworten gebe. Die Sozialen Dienste verfügten über gute Fachleute, die täglich eine nicht einfache Aufgabe zu erfüllen hätten. Es stünden viele Schicksale hinter diesen Fällen. Nicht alle Leute hätten ein gutes Umfeld. Wer sich an die Sozialen Dienste wenden müsse, gehe keinen einfachen Weg. Es seien auch Kinder betroffen. Es sei aber für sie selbstverständlich, dass man immer dazulernen könne. Wenn jemand Ideen habe, wie sich die Probleme besser lösen liessen, nehme sie diese dankbar entgegen.

Marie-Theres Beeler (GL) dankt dem Stadtrat für seine Antworten, erklärt sich teilweise damit zufrieden und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Marie-Theres Beeler (GL) betont, mit der Interpellation sei kein Misstrauen gegenüber Menschen verbunden, die durch das soziale Netz fallen würden. Es gehe auch nicht um Zweifel an der sachgemässen Bearbeitung der Fälle im Rahmen der Möglichkeiten der Sozialen Dienste, sondern um die Sorge, ob die Instrumente in der Stadt Liestal noch genügten, ob die Reorganisation unter den aktuellen Umständen noch greife. Den Grünen sei es wichtig, dass nicht nur Gründe für die Entwicklung rapportiert würden. Diese seien nachvollziehbar. Das Anliegen ihrer Fraktion sei, konkrete Wege zur Problemlösung aufzuzeigen, um die Betroffenen möglichst schnell aus der Abhängigkeit von der Sozialhilfe zu führen. Ihre Fraktion interessiere das Potential an Massnahmen, die es brauche, um diese Menschen wirkungsvoll unterstützen zu können. Das Zweite sei der interkommunale Ausgleich. Man müsse sich im Landrat und beim Kanton dafür engagieren, dass dieser Ausgleich sehr bald konkret werde.

Claudia Roche (SP) dankt für die ausführliche Beantwortung. Man stehe vor einer Fülle an Informationen. Ihre Fraktion danke auch der Sozialhilfebehörde, die eine schwierige Arbeit leiste. Auf den sozialpolitischen Inhalt einzugehen, sei heute Abend nicht möglich. Das werde Fraktions-Arbeit sein. Sie hätte sich eine schriftliche Beantwortung der Interpellation gewünscht. Sie nehme an, dass man sich am Protokoll werde orientieren können. Ihr Fokus liege auf der Frage 2. Der Schlussbericht zur Reorganisation der Sozialen Dienste sei noch keine zwei Jahre alt. Sie habe sich sagen lassen, dass es bei diesem Bericht erst um Phase 1 gehe. Er lese sich aber so, als wäre die Reorganisation völlig abgeschlossen. Dies habe wohl die Erwartung genährt, dass man nun aus dem Kostendebakel herauskomme. Die unterschiedlichen Informationen zum Projekt Case Management wirkten widersprüchlich. Ihre Fraktion würde auch interessieren, ob das QM-Handbuch in diesem Jahr nun wirklich fertig werde. Irritierend habe auch gewirkt, dass im Voranschlag 2005 trotz vorhergesagten Kostenanstiegs ein Stellenabbau um 50 Prozent in der Abteilung Sozialberatung ausgewiesen sei. Es sei eine Illusion, dass man immer das Optimum leisten könne. In ihrer Fraktion bleibe die Frage, ob es eventuell mehr Personal brauche und ob die Stadt wirklich das Menschenmögliche unternehme. Vielleicht gebe es noch Handlungsspielraum.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) weist darauf hin, dass im Landrat bereits ein Vorstoss zum Lastenausgleich vorbereitet worden sei. Er werde demnächst eingereicht. Man sei beim Kanton diesbezüglich auf gutem Weg.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) äussert zum Projekt der Reorganisation, seiner Fraktion sei nicht klar, wie das Ganze vor sich gehe und wie die Information durchgeführt werde. Im Mai 2002 habe der Einwohnerrat der Reorganisation der Sozialen Dienste zugestimmt. Die Ziele seien eine spezielle Ausbildung der Mitarbeitenden, eine Steigerung der Effizienz und ein pe-

riodisches Audit gewesen. Im Zwischenbericht vom Mai 2003 habe es geheissen, die Reorganisation werde bis Ende 2003 abgeschlossen sein, bis Ende März 2004 gebe es eine Evaluation mit einem externen Experten, und bis Ende 2004 solle der kantonale Standard erreicht sein. Im Schlussbericht vom Mai 2004 stehe, die Fallaufnahme sei installiert und erprobt, die Beratung beziehungsweise das Case Management sei neu eingerichtet, das Qualitätsmanagement sei integriert und das Organisations-Handbuch solle bis Ende 2004 vorliegen. Die Schlussfolgerungen seiner Fraktion lauteten: Die neue Organisation sei eingeführt. Was jetzt laufe, sei der Tagesjob. Die Projekte Case Management und Qualitätsmanagement-Handbuch müssten längst abgeschlossen sein. Von einem externen Audit habe der Einwohnerrat nichts gehört. Seine Fraktion habe den Eindruck, dass die Sozialen Dienste wieder in die alte Ineffizienz zurückgefallen seien. Sie fordere, ein externes Audit durchzuführen, das Massnahmen zur Effizienzsteigerung vorschlage.

Adrian Mächler (FDP) bedankt sich für das umfangreiche vorgelegte Material. Das Thema Lastenausgleich könne man im Landrat einbringen; ob man damit Erfolg haben werde, wisse man nicht. Ihn habe das Thema Reorganisation hellhörig gemacht. Üblicherweise dauere eine Reorganisation in der Wirtschaft drei, höchstens sechs Monate. Wenn sie länger daure, habe sich in der Zwischenzeit wieder alles geändert.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, sie wolle auf die verschiedenen Äusserungen eingehen. Marie-Theres Beeler habe gefragt, wie der Weg zur Problemlösung sei. Man müsse Arbeitsplätze für Personen schaffen, die nicht gut integrierbar seien. Jeder Weg, der Menschen in die Selbständigkeit zurückführe, sei willkommen. Sie weise auf das „Projekt 20“ hin, ein Projekt für junge Arbeitslose, das in den Startlöchern sei. Zu den Feststellungen von Claudia Roche sei zu sagen, dass die Phase 1 der Reorganisation die Schulung durch die externe Begleitung gewesen sei. Der Stellenabbau sei ein reines Finanzmanöver gewesen. Man habe Fälle auslagern müssen, was zu einer buchhalterischen Aufgabe geführt habe. Was das Machen des Menschenmöglichen betreffe, denke sie, dass Liestal bei diesem Thema die Nase vorne habe. Die Stadt arbeite mit dem Job-Club zusammen, der Leute einzeln begleite, um sie wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren. Diesbezüglich habe Liestal Modellcharakter gehabt. Um den Vorstoss im Landrat sei sie sehr froh. Man merke, dass alle Gemeinden der Schuh drücke. Zum Votum von Peter Furrer: Das Audit habe der Einwohnerrat über die Fiko hineingebracht. Es werde im Jahr 2007 durchgeführt. Man habe ein Jahr abwarten wollen, um die Umsetzung analysieren zu können. Die Reorganisation habe sich teilweise wegen neuer EDV-Einrichtungen hinausgezögert. Es sei kein Rückfall in die alten Zeiten. Diese Vermutung wolle sie dezidiert zurückweisen. Man könne froh sein, dass die Sozialen Dienste bisher noch keine personelle Erweiterung gebraucht hätten. Der Vergleich zwischen Privatwirtschaft und Verwaltung hinke ihrer Meinung nach. Die Reorganisation sei ausserdem nicht verschleppt worden, sondern sie werde konsequent neben der täglichen Arbeit umgesetzt.

Orla Oeri-Devereux (SP) führt an, für sie seien einige Punkte nicht beantwortet worden. Die Finanzkommission habe in ihrem Bericht vom Mai 2002 Mängel genannt. Der Vollzug des gesetzlichen Auftrags sei nicht vollständig gewährleistet, die Führung erfülle die Anforderungen ungenügend, das Qualitätsmanagement sei kaum entwickelt und so weiter. Ihr wäre wichtig zu wissen, ob alle diese Defizite zu hundert Prozent aufgehoben seien. Im Mai 2002 habe der Einwohnerrat dem Antrag der Fiko zugestimmt, dass jährlich ein Audit durchgeführt werde. Sie frage sich, ob es auch mit dem Einwohnerrat zu tun habe, dass dies noch immer nicht gemacht worden sei.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, das Nichterfüllen der gesetzlichen Aufgabe habe klar mit den personellen Ressourcen zu tun gehabt. Das Audit sei für 2007 vorgesehen. Es sei wichtig für die Sozialen Dienste, diesen Spiegel zu bekommen. Zuerst müssten aber die neuen Formen eingeführt sein.

Regula Nebiker (SP) wirft ein, sie sei so nicht einverstanden mit der Beantwortung. Es sei eine gewisse Ratlosigkeit zurückgeblieben. Ihr scheine, es gehe um ein strukturelles Problem. Bei ihr sei am stärksten hängen geblieben, dass man vor lauter Arbeit die Reorganisation nicht machen könne. Was die Interpellantinnen und Interpellanten beschäftige, sei die Sorge um die Qualität der Sozialhilfe. Die Notwendigkeit der Sozialhilfe werde nicht in Frage gestellt, sondern man wolle wissen, ob es ein seriöses Problem gebe, das man anpacken müsse. Auch als Verwaltungsfachfrau könne sie bestätigen, dass eine Reorganisation nicht sinnvoll sei, wenn sie zu lange gehe. Das externe Audit sollte rasch durchgeführt werden. Der Grund für ein Audit sei gerade aufzuzeigen, dass eventuell etwas nicht gut sei, dass man eventuell wieder reorganisieren müsse. Sie habe den Eindruck, dass derzeit weniger ein Qualitäts- als ein Krisenmanagement vollzogen werde. Sie wünsche, dass man Schlussfolgerungen ziehe und nicht nur Probleme beschreibe.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, das Podium sei an der Orientierungsveranstaltung vorhanden gewesen, um die Probleme nachzuvollziehen. Wenn man die Reorganisation der Sozialen Dienste nicht gemacht hätte, müsste Liestal heute viel mehr bezahlen. Die Fallbearbeitung laufe viel effizienter. Durch den Anstieg der Anzahl Fälle sei es aber klar gewesen, dass der Alltag Priorität habe. Das Audit sei der Stadt sehr wichtig. Zuerst solle man aber auf ein Jahr zurückschauen können, um das Neue zu analysieren.

Somit ist die Interpellation erledigt.

123 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**6. Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion
betreffend Kunstrasenfelder auf der Sportanlage Gitterli
(Nr. 2005/71)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat betreffend Kunstrasenfelder auf der Sportanlage Gitterli

Kunstrasenspielfelder haben in den vergangenen Jahren eine grosse Weiterentwicklung erfahren und werden speziell im Fussball künftig eine richtungweisende Rolle spielen. Die ganzjährige, wetterunabhängige Benützung ist ein grosser Vorteil gegenüber dem Naturrasen, welcher einen erheblichen Aufwand an Unterhalt und Kosten verursacht. Es herrscht akuter Mangel an genügend Rasenfläche, weshalb ein Grossteil der Fussballklubs nicht mehr alle interessierten Kinder und Jugendliche aufnehmen kann. Wir haben lange Wartelisten. Am augenfälligsten ist diese Entwicklung in unserem Kanton. Bei den Junioren F-Teams hat sich die Anzahl der Teams innert zwei Jahren von 69 auf 159 mehr als verdoppelt. Die Qualifikation für die WM und die Euro 08 wird wohl erneut einen Boom auslösen.

Um dieser erfreulichen Entwicklung gerecht zu werden, ist die Erstellung von zusätzlichen Rasenspielfeldern und vor allem ganzjährig verfügbaren Kunstrasenspielfeldern eine wichtige Notwendigkeit.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass auch in Liestal mittlerweile über 1/3 der heutigen Jugendlichen in den Fussballteams ausländischer Herkunft sind. Also geht es bei den zu lösenden Platzproblemen auch ganz direkt um Integrationsförderung im wahrsten Sinne des Wortes.

Mit Beschluss vom 3. November 2005 hat der Landrat für Investitionsbeiträge gemäss „KASAK“ für die Jahre 2005 bis 2009 einen Verpflichtungskredit von CHF 12 Millionen, d.h. durchschnittlich CHF 2,4 Millionen pro Jahr eingestellt. Investitionsbeiträge werden in der Höhe von 25 bis 40% an die anrechenbaren Kosten der eigentlichen Sportinfrastruktur geleistet. Dieser Beschluss würde auch für unser Anliegen eine willkommene Unterstützung bedeuten.

Der Stadtrat wird deshalb beauftragt, die Finanzier- und Realisierbarkeit der Erstellung mindestens eines Kunstrasenfeldes abzuklären und dem Einwohnerrat in Form einer Sondervorlage zum Entscheid zu unterbreiten.

Stefan Saladin
SVP/CVP/EVP-Fraktion
12.12.2005

Stadtrat Lukas Ott führt aus, der Stadtrat nehme das Postulat gerne entgegen. Er sei der Meinung, dass der Bedarf für solche Felder gegeben sei. Der Stadtrat wolle einen systematischen Ansatz verfolgen, da bezüglich Sport in verschiedener Hinsicht Bedarf vorhanden sei. Die Idee sei, ein Sportnetz zu initiieren, in dem sich sämtliche Akteure, lokale und regionale, zusammenfänden. Es brauche eine Art Sportkonferenz, um die interkommunalen Anliegen aufzufangen und auszubalancieren. Der Kanton wolle die Bestrebungen Liestals unterstützen, auch finanziell. Das Projekt solle in diesem Jahr über die Bühne gehen. Im Bereich Zonenplanung müsse man so etwas antizipieren. Der Stadtrat wolle hier vorsorglich einen Vorschlag unterbreiten. Auch bei der Finanzplanung müsse man auf ein solches Projekt reagieren. Der Investitionsplan von Liestal für die nächsten vier Jahre sei sehr eng. Wenn ein neues Projekt dazukomme, werde man die Auswirkungen sehen und dürfe nicht überrascht sein,

wenn beispielsweise der Schuldenabbau gebremst werde oder Fremdmittel aufgenommen werden müssten.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für die Entgegennahme des Postulats. Es sei richtig, dass der Kanton mit der Stadt zusammenarbeite. Es sei wichtig, beim Kanton vorstellig zu werden, um allenfalls Unterstützungsbeiträge anzufordern. Der Kanton stelle CHF 12,5 Mio. für 16 Kunstrasensportfelder zu Verfügung. Zwölf Gesuche seien bereits beim Kanton eingegangen. Wenn die Stadt ein solches Feld in Liestal wolle, müsse sie sich beeilen. Das Gitterli sei der ideale Standort. Er sei bereits zonenkonform. Die Dringlichkeit sei gegeben, es gebe grosse Platzprobleme. Der Schweizerische Fussballverband empfehle, pro vier Teams einen Platz zur Verfügung zu stellen. Der FC Liestal habe zurzeit 20 Teams inklusive Jugendliche. Dementsprechend bräuchte Liestal mindestens vier Spielfelder. Mit dem Einbau kämen die Kosten für einen Kunstrasen auf CHF 1,3 Mio. zu stehen. Die Ausgangslage für Liestal wäre komfortabel, weil das Feld schon vorhanden sei und weder ein Aushub noch Planierarbeiten nötig wären. Unter Berücksichtigung der Kantonsbeiträge entstünden Liestal Kosten von CHF 800'000.-. Diese Chance müsse man nutzen. Die Kosten für den Unterhalt eines Kunstrasens seien um ein Vielfaches geringer als für einen Naturrasen. Ein Kunstrasen lasse ausserdem eine wesentlich höhere Frequentierung zu. Er sei auch ökologisch sinnvoll, weil er weder Dünger noch Fungizide brauche. Die Stadt sei verpflichtet, anständige Plätze für die Jugend zu schaffen, nicht nur für den Fussball. Seine Fraktion sei mit einer Enthaltung für die Überweisung des Postulats an den Stadtrat.

Pascal Porchet (FDP) gibt zu bedenken, dass man allmählich für alles eine Bedarfsanalyse durchführe. Das mache die Verwaltung nicht schlanker. Die Zentrumsfunktion von Liestal würde vergrössert. Er frage sich, ob das in den Legislaturzielen verankert sei, in welche Richtung die Stadt gehe und welche Signalwirkung sie habe. Die Frage sei auch, ob alle Ver- eine gleich behandelt werden sollten oder ob man den Fussball speziell fördern wolle.

Philipp Senn (SP) erinnert daran, Franz Kaufmann habe an der Dezember-Sitzung gesagt, in Liestal bewege sich etwas. Paul Pfaff habe gemahnt, manchmal brauche es eine Nullrunde. In diesem Rahmen bewege man sich. Es sei ein tolles Angebot vorhanden. Ob dies auch längerfristig günstig sei, sei offen. Es scheine ein Bedarf da zu sein. Auf der anderen Seite müsse man mit Investitionen rechnen. In Reinach gebe es eine ähnliche Anlage. Alle zehn Jahre brauche es einen neuen Rasen. Über lange Frist seien grössere Investitionen notwendig. Wenn ein Kunstrasen langfristig teurer sei als ein Naturrasen, räume seine Fraktion dem Anliegen keine Priorität ein. Sie wolle dem Postulat aber nicht im Weg stehen.

Corinne Ruesch (GL) äussert, ihrer Fraktion scheine wichtig, dass auch Bedürfnisse bei anderen Sportarten abgeklärt würden. Diejenigen, die bereits Trainingsmöglichkeiten hätten, sollten nicht einfach doppelt so viel trainieren können. Ein solches Projekt solle einer breiten Öffentlichkeit zugut kommen. Im Sinne einer weiteren Prüfung seien die Grünen für die Überweisung.

Bernhard Fröhlich (FDP) legt dar, den FC Liestal gebe es seit 1895. Er sei der neuntälteste Fussballclub der Schweiz und habe also eine gewisse Tradition. Die Stadt mache im Übrigen auch für andere Sportarten etwas. Der Fussball boome. Liestal könne keine Kinder mehr aufnehmen. Die Plätze seien überbeansprucht. Die Situation werde sich mit der Euro08 und der WM noch verschärfen. Das Gitterli sei vor allem wegen der Schulen gebaut worden. Auch diese hätten mit einem Kunstrasen bessere Möglichkeiten. Es käme auch zu einer Senkung der Unterhaltskosten. Im Winter wäre die Halle entlastet. Zur Finanzierung: Wenn man grob von CHF 1,5 Mio. ausgehe, kämen ca. CHF 0,5 Mio. vom Kanton und ca. CHF 1 Mio. von der Gemeinde. Der FC Liestal könne etwa eine halbe Million Franken verzinsen. Die Alternative bei einem Nein wären Kosten durch Sanierungsbedarf, Benutzungseinschränkung, Mannschaftsabbau, Abschied vom Spitzensport etc. Wer Jugendarbeit als nicht so wichtig erachte, beschäftige demnach lieber Streetworker. Er zähle auf den Einwohnerrat und den Stadtrat. Aktive und präventive Massnahmen seien zu unterstützen. In den Legisla-

turzieren 2005-2008 stehe auf Seite 16 unter Punkt 344, bis 2008 sei das Angebot an Trainingsanlagen zu verbessern. Sportmöglichkeiten für die Jugend seien wichtig. Er erinnere an die Krawalle in Frankreich.

Claudia Roche (SP) hält fest, der Betrag, um den es gehe, sei atemberaubend. Die Sache sei von ihr aus gesehen nur attraktiv, wenn auch der Mädchenfussball aktiv gefördert werde. Sonst wäre die ganze Sache nice to have.

Franz Kaufmann (SP) räumt ein, Fussball sei ein toller Sport. Trotzdem bringe er Skepsis zum Ausdruck. Die Frage sei, ob man das Geld für einen solchen Rasen habe oder nicht. Er bringe die Ausführungen von Lukas Ott nicht mit dem Postulat zusammen. Dieses sei für den Fussball gedacht. Fussball sei ein Trend, der weltweit gemacht werde. Man müsse sich fragen, weshalb eine Sportart prioritär behandelt werde. Diese Frage dürfe man stellen. Wenn die Stadt die Million hätte, müsste man an alle Vereine denken. Er sei dafür, das Postulat nicht zu überweisen.

://: Das Postulat betreffend Kunstrasenfelder auf der Sportanlage Gitterli wird mit 28 Ja- gegen 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

124 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

7. Motion von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion und Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Änderung des Reglements über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen (Nr. 2005/72)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Motion betreffend Änderung des Reglements über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen (142.1) in Kraft ab 1. Januar 2002 respektive Paragraph 3, Stadtrat, seit 1. Juli 2004

Ausgangslage

Anlässlich der Sitzung vom 31. März 2004 wurde die Entschädigungsfrage für Stadträte debattiert. Die Grundlage dazu bildeten die seitens der FDP-Fraktion eingereichte Motion vom 24. Juni 2002 sowie frühere Anträge.

Der seinerzeitige GoR-Präsident führte an dieser Sitzung an, dass die zukünftige Reduktion der Stadträte zu einer Ausgabenreduktion von ca. CHF 71'000.-- führe. Man ging damals davon aus, dass durch Straffung der Organisation und Auslagerung von Dienstleistungen (Beispiele: Bäder / Schiessplatz Sichern etc.) die Arbeitsbelastung abnehmen würde.

Beim Erwerbssersatz wollte man besonders Personen mit kleinen Einkommen und Personen mit Betreuungsaufgaben berücksichtigen. Bezüglich Spesen plädierte man für eine einfache Regelung. Der damalige Stadtrat war entgegen der GoR-Empfehlung der Meinung, dass das Büro des Einwohnerrates Gesuche von Stadträten für die Beanspruchung eines Erwerbssersatzes behandeln und entscheiden sollte. Die GoR vertrat die Ansicht der Selbstverantwortung.

Die Meinung der Motionäre betreffend Erwerbssersatz war klar, allerdings wurde diese nicht genügend präzise kommuniziert. Man wollte mit dem Erwerbssersatz vor allem für die Selbständigerwerbenden eine Möglichkeit zur Kompensation schaffen, wenn nachgewiesenermassen eine politische Tätigkeit einschneidende Erwerbseinbussen mit sich brächten. Im Weiteren wollte man für sogenannte „Härtefälle“ einen Ausgleich ermöglichen.

Problemstellung

Nach Ansicht der Motionäre bewährt sich dieses Vorgehen nicht. Wir schlagen deshalb eine Änderung des Reglements vor.

Anträge

Antrag 1

Änderung des Reglements 142.1, Paragraph 3, Stadtrat

Die FDP / SVP / CVP / EVP beantragen, Paragraph 3 durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

1. Die Mandatsentschädigung beträgt brutto pro Jahr:
 - a. Stadtpräsident/in im Nebenamt (50%) CHF 88'200.--
 - b. Vizepräsident/in CHF 44'400.--
 - c. übrige Mitglieder CHF 36'000.--
2. Im Bedarfsfall kann der Stadtrat eine abweichende Verteilung der Gesamtsumme vornehmen.
3. Die Mitglieder des Stadtrates erhalten einen ordentlichen Spesenersatz von pauschal CHF 6'000.-- pro Jahr. Damit sind sämtliche Sitzungen, an denen sie aufgrund ihrer

behördlichen Tätigkeit teilnehmen, abgegolten. Sitzungsgelder und Spesen, die Dritte ausrichten, fallen in die Stadtkasse.

Die Mitglieder des Stadtrates erhalten einen ausserordentlichen, effektiven Spensersatz für Reisen, auswärtige Verpflegung, auswärtigen Unterhalt etc. gemäss dem kommunalen Personalrecht.

4. Diese Entschädigungen basieren auf dem Indexstand 30.06.2006, werden zukünftig aber nicht indexiert. Sie werden durch den Einwohnerrat vor Beginn jeder Amtsperiode überprüft und bei Bedarf neu festgesetzt.

Antrag 2:

Die Änderung tritt per 1. Juli 2006 in Kraft.

Für die Fraktionen

FDP
Bernhard Fröhlich

SVP/CVP/EVP
Paul Finkbeiner

7. Dezember 2005

Stadtpräsidentin Regula Gysin erläutert, das Reglement sei vor längerer Zeit ins Leben gerufen worden. Die Meinung des gesamten Stadtrates sei, dass er das Reglement klar verfolgt und umgesetzt habe.

Bernhard Fröhlich (FDP) bestätigt, das sei richtig. Die FDP habe das Anliegen seinerzeit als Motion eingebracht, die dann als Postulat überwiesen worden sei. Die Kompetenz des Stadtrates, seine Entschädigungen selbst beeinflussen zu können, erweise sich in der Praxis als untauglich. Der Interpretationsspielraum sei zu gross. Der Vater des Gedankens sei gewesen, für Selbständige und bei finanziellen Härtefällen die Möglichkeit des Ausgleichs zu schaffen. Drei Stadträte hätten nun von der Möglichkeit, sich eine rund 30-prozentige Entschädigungserhöhung bewilligen zu lassen, Gebrauch gemacht. Es handle sich aber weder um Härtefälle noch um Selbständigerwerbende. Der Gedanke der ursprünglichen Motion sei offenbar anders verstanden worden. Die Formulierung im Reglement sei nicht genügend klar. Man müsse sich heute fragen, ob die Reduktion von sieben auf fünf Stadträte richtig gewesen sei, wenn der Stadtrat die Arbeit mit den vorgesehenen Pensen nicht bewältigen könne. Diverse Dienste seien ausgelagert worden. Man müsse sich die Frage stellen, ob der Stadtrat zu viel in operativen Geschäften arbeite, ob die Verteilung in den Departementen nicht gut genug sei oder ob die Stadträte zu wenig über ihr Arbeitspensum informiert gewesen seien. Die Motionäre seien auch enttäuscht darüber, dass der Stadtrat die Zeichen der Zeit nicht erkenne. Im Sinn der Vorbildfunktion mache es sich nicht gut, einerseits zum Sparen anzuhalten, andererseits sich selbst grosszügig zu bedienen. Liestal belege national einen Spitzenplatz, was die Entschädigungen der Regierungsmitglieder betreffe. Dies sei durch nichts gerechtfertigt. Der Stadtrat solle anständig bezahlt werden. Der neue Vorschlag sehe dies auch vor. Er sehe aber keine Möglichkeiten vor, eigene Verbesserungsmöglichkeiten einfließen zu lassen. Durch die Reduktion auf fünf Stadträte seien CHF 70'000.- gespart worden. Die Hälfte davon wäre jetzt schon wieder ausgegeben. Vom Stadtrat dürfe man verlangen, dass er sich nicht jede Zusatzstunde vergüten lasse. Die Glaubwürdigkeit solle wieder hergestellt werden.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) erläutert, er sei Mitunterzeichner der Motion. Als er gehört habe, dass drei Stadträte mehr Lohn erhielten, sei das für ihn quer in der Landschaft gestanden. Er habe den Eindruck gewonnen, dass der entsprechende Paragraph ausgenützt werde. In seinem Geschäft müsse er marktgerechte Löhne zahlen, könne aber nicht ins Unermessliche gehen, sonst könne er den Laden zumachen. Seine Fraktion sei einstimmig für die Überweisung der Motion.

Danielle Schwab (SP) legt dar, 2002 habe die FDP-Fraktion eine marktgerechte Abgeltung für die Stadträte gefordert. Es gehe nicht um eine Lohnerhöhung, sondern um einen Erwerbsausfallersatz. Die SP-Fraktion sei formal und inhaltlich dagegen, die eingelöste Forderung grundsätzlich nach vier Jahren in Frage zu stellen. Das Amt des Stadtrates solle attraktiv sein. Es sei nicht einfach, ein solches Amt zu bekleiden. Man müsse sich überlegen, was für Leute man künftig als Stadträte und Stadträtinnen wählen wolle. Der SP-Fraktion sei es ein Anliegen, dass sich Leute aus verschiedensten Lebenssituationen und Altersschichten um ein solches Amt bewerben könnten. Der Erwerbssersatz dürfe nicht ersatzlos gestrichen werden. Ihre Fraktion bitte einstimmig darum, die Motion nicht zu überweisen.

Jürg Holinger (GL) fügt hinzu, die Grünen seien einstimmig dafür, die Motion nicht zu überweisen. Im Protokoll vom 31. März 2004, in dem auf das Thema Bezug genommen werde, würden vier Dinge unterschieden: die Entschädigungen, der Erwerbssersatz, die Betreuungszulagen und der Spesenersatz. Die Einsparungen bei den Entschädigungen seien eingetroffen wie erwartet, nämlich durch die Reduktion der Anzahl Stadträte. Die heutige Motion stecke Entschädigungen und Erwerbssersatz in einen Topf und wolle weismachen, man habe bei den Entschädigungen nicht gespart. Den Gewerbetreibenden werde mit der neuen Regelung eine so hohe Barriere gesetzt, dass sie nicht in den Stadtrat könnten. Das Engagement des Stadtrates solle nicht allein von finanziellen Parametern abhängen. Wenn jemand bereit sei und Fähigkeiten habe, sollten vernünftige Regelungen da sein. Die geltende Regelung sei vernünftig und erst zwei Jahre alt. Was die Vorbildfunktion betreffe, sei er der Meinung, dass man Vorbilder habe und sie ihren Lohn verdient hätten. Er sei enttäuscht darüber, dass man still die Betreuungszulage gestrichen habe. Der Einstieg werde Frauen so erschwert. Mit Überzeugung empfehle seine Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

Stadtrat Peter Rohrbach sagt, er äussere sich als Hanspeter Rohrbach und nicht als Stadtrat. Er weise die Unterstellungen zurück, er habe sich selbst mehr Lohn gegeben, als ihm zustehe. Er habe seine Situation offengelegt und gezeigt, dass er die Bedingungen erfülle, die festgelegt worden seien. Ebenso hätten es seine Kollegen getan. Er denke, was jetzt laufe, sei kein guter Stil. Er habe das Gefühl, es gehe bei dieser Motion nur zum Teil um die Finanzen; er sehe diese Reaktion auch als Baustein, um den Stadtrat zu diskreditieren. Wenn man etwas in anständigem Ton hinterfrage, sei dies in Ordnung. Aber er weise diese Unterstellungen klar zurück.

Orla Oeri-Devereux (SP) äussert, sie halte die Formulierung in der Motion für sehr verwirrend. Sie entspreche nicht der Wahrnehmung ihrer Fraktion an der damaligen Debatte. Damals habe es geheissen, der Vorschlag des Stadtrates entspreche der Grundidee des Vorstosses und gehe in die richtige Richtung. Sie frage sich, wann was klar gewesen sei; ob man dem Rat damals nicht klar machen können, was gemeint sei, oder ob der Rat, rückblickend gesehen, mit etwas einverstanden gewesen sei, was er eigentlich nicht gewollt habe. Sie habe alle Unterlagen studiert. Für sie sei nicht ersichtlich, dass der Erwerbssersatz speziell für Leute mit kleinem Einkommen oder mit Betreuungsaufgaben gedacht sei. Wenn der Stadtrat seine Berufstätigkeit reduziere und wenn Politik einen Wert darstelle, müsse das entlohnt werden.

Astrid Basler (GL) führt aus, die GoR habe damals viel Zeit in die Beratung investiert. Sie habe ein gutes Reglement ausgearbeitet. Der Einwohnerrat habe dieses grossmehrheitlich überwiesen. Es sei zeitgemäss. Betreuungsauslagen seien wichtig, damit auch Frauen das

Amt annehmen können. Heute gebe es Rollenteilung und auch die Situation, dass Frauen ausser Haus arbeiten gingen und Männer zu Hause blieben.

://: Die Motion betreffend Änderung des Reglements über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen wird mit 19 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) teilt mit, dass es am 26. April 2006 eventuell eine Einschaltsitzung gebe. Erwähnen wolle er ausserdem die Liestalerin Sabrina Hafner, Jahrgang 1984, die mit dem 10. Rang im Zweier-Bob Frauen einen Achtungserfolg an der Olympiade erzielt habe. Er schliesse mit einem Ausspruch von Carl Spitteler: *Die Kraft liegt nicht im Keuchen viel und Schwitzen, sondern dass man etwas treibt ans Ziel!*

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Hans Brodbeck

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon